# A.3.21. Uri

Im Kanton Uri besteht zwischen 1990 und 2006 keine kantonale Fachstelle für Gleichstellung. Seit dem 1.1.1996 gibt es im Kanton Uri eine teilzeitliche Ombudsfrau [KR UR, 1995][Steinmann, 1.9.1995]. Sie übt diese Tätigkeit im Nebenamt aus. Sie ist gleichzeitig Schlichtungsstelle und verwaltungsinterne Fachstelle für Frauenfragen [KR UR, 1995][Bigler-Eggenberger und Kaufmann, 1997, 471-472]. In beiden Funktionen dient sie in erster Linie als Anlaufstelle für Beratungen [NK UR, 2007].

Gemäss der hier verwendeten Definition für eine kantonale Fachstelle ist die verwaltungsinterne Fachstelle für Frauenfragen des Kantons Uri kein kantonale Fachstelle für Gleichstellung, weil sie keinen verwaltungsexternen Auftrag hat und hauptsächlich Beratungen durchführt.

## Anläufe

Am 25.9.1991 reicht Jakob Läubli, Erstfeld, SP, mit zwölf Unterzeichnenden eine "Interpellation betreffend: Gleichstellung von Frau und Mann im kantonalen Arbeitsverhältnis" ein. Unter anderem wird die Frage gestellt, ob in der kantonalen Verwaltung eine Anlaufstelle für Meinungsverschiedenheiten in Einreihungs- und Lohnfragen besteht. Und falls nicht, ob die Exekutive (Regierungsrat) bereit ist eine solche Anlaufstelle mit einer Ombudsperson zu schaffen [KL UR, 1991][KL UR, 1992c, 1][Rüegg, 1993, 115]. Am 17.2.1992 begründet Läubli in der kantonalen Legislative (Landrat) seine Interpellation und am 31.3.1992 antwortet die Exekutive [KL UR, 1992b] [KE UR, 1992b]. Läubli ist mit der Antwort der Exekutive nicht zufrieden [KL UR, 1992c].

Am 28.9.1992 reicht Armin Braunwalder mit 16 Mitunterzeichnenden eine Motion zur Schaffung einer direkt der Exekutive unterstellten Gleichstellungskommission und der Prüfung einer Realisierung eines Gleichstellungsbüros ein [KL UR, 1992c] [KL UR, 1993]. Am 10.11.1992 begründet Braunwalder die Motion und führt aus, dass die zu schaffende Gleichstellungskommission als eine ihrer vier Aufgaben die Realisierungsmöglichkeit einer Fachstelle für Gleichberechtigungsfragen prüfen soll [KL UR, 1992a, 5]. Im Dezember 1992 bewilligt die Exekutive eine "nebenamtliche Stelle zur Bearbeitung und Koordination von Frauenfragen in der kantonalen Verwaltung" (Ombudfunktion) [KE UR, 1993, 1] [KE UR, 1993]. Die Exekutive beantwortet die Motion am 8.12.1993 und schreibt: "Die Realisierung eines Gleichstellungsbüros mit Fachpersonal lehnt der Regierungsrat ab, da der Aufwand für den Kanton Uri zu gross und unverhältnismässig wäre." [KE UR, 1993, 2] [KE UR, 1992a]. Die Exekutive ist hingegen bereit einer Gleichstellungskommission Aufgaben zuzuweisen, "die mit Gleichstellungsfragen im allgemeinen und im einzelnen zusammenhängen" [KE UR, 1993, 2]. Die Motion lehnt die Exekutive ab, weil ihr die Detailfragen zur Kommission zu weit gehen [KE UR, 1993, 2]. Hingegen hat sie "nichts einzuwenden, wenn der Landrat den Vorstoss als Postulat überweist" [KE UR, 1993, 3][PKL UR, 1993, 1-3]. Der Vorstoss wird in der Beratung am 15.12.1993 in ein Postulat umgewandelt und an die Exekutive überwiesen [PKL UR, 1993, 16-17]. <sup>268</sup>

Die "Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann" wird per Beschluss der Exekutive vom 7.3.1994 geschaffen [KE UR, 1999a, 13][EBG, 2002, 17] [Zumbrunn, 1996, 49]. 2000 ist sie der Direktion des Innern unterstellt [EBG, 2002, 17]. Sie besteht über die Untersuchungsperiode hinaus [EBG, 1998, 21][Amtsblatt UR, 2003, 341][Amtsblatt UR, 2007, 269]. <sup>269</sup>

Die Exekutive verabschiedet am 18.12.1995 ein "Reglement zur Fachstelle für Frauenfragen der kantonalen Verwaltung und zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann",

<sup>&</sup>lt;sup>268</sup>Dr. Gabi Huber, Altdorf verlangt geeignete Rahmenbedingungen, entsprechende Massnahmen und eine Überweisung als Motion. Lisbeth Zurfluh, Schattdorf, Mitunterzeichnerin, spricht sich für Umwandlung in Postulat aus. Motionär erklärt sich schliesslich mit Umwandlung einverstanden [PKL UR, 1993, 16-17].

<sup>&</sup>lt;sup>269</sup>Amtszeit dauert bis 2008 [SK UR, 2007, 2].

welches das Schlichtungsverfahren regelt und auf den 1.1.1996 eine verwaltungsinterne Ombudsfrau einrichtet, welche Frauenfragen in der kantonalen Verwaltung bearbeitet und koordiniert. <sup>270</sup> Ausser den Bestimmungen zum Schlichtungsverfahren, die seit dem 1.7.1996 unverändert in Kraft sind [KR UR, 1995], und der Organisation der Ombudsstelle, enthält das Reglement keine weiteren Bestimmungen [KR UR, 1995]. <sup>271</sup>

Die Ombudsstelle ist im Amt für Personal im Landammannamt angesiedelt. Die Ombudsfrau ist keine Angestellte der Verwaltung.<sup>272</sup> Die Exekutive interpretiert den Auftrag der Fachstelle für Frauenfragen dahingehend, dass die Stelleninhaberin nicht proaktiv handelt [NK UR, 2007]. Gut Informierte finden die Mobiltelefonnummer auf der Homepage des Kantons Uri. Die Schlichtungsstelle und die Fachstelle werden im Nebenamt geführt. Die Entschädigung für beide Tätigkeiten ist im Jahr 2007 brutto: 2342 Franken [NK UR, 2007][GL UR, 2008].<sup>273</sup>

## Rechtliche Grundlagen

Die Kantonsverfassung enthält das Allgemeine Rechtsgleichheitsgebot und das Allgemeine Diskriminierungsverbot. Gleichstellung ist nicht explizit verankert [EBG, 2002, 10].

## "Artikel 11 Rechtsgleichheit

- 1 Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich.
- 2 Niemand darf wegen seiner Herkunft, seines Geschlechts, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner sozialen Stellung oder seiner Weltanschauung oder Religion benachteiligt oder bevorzugt werden." [Verfassung Uri, 1984a].<sup>274</sup>

Die kantonale Legislative verabschiedet am 15.12.1999 die Personalverordnung, welche, unter dem 5. Abschnitt Diskriminierungsverbot, Gleichstellung als zu beachtende Aufgabe der Exekutive gesetzlich verankert [KE UR, 1999b, 39-41][GKL UR, 1999c]:

### "Artikel 66 Gleichstellung von Frau und Mann

Der Regierungsrat sorgt für die Gleichstellung von Frau und Mann. Er berücksichtigt die Anliegen behinderter Personen." [GKL UR, 1999c, Art. 66].

Die Fachstelle für Frauenfragen ist als Ombudsstelle fast namentlich genannt und ihre Funktion wird beschrieben.

#### "Artikel 67 Diskriminierungsverbot

1 Angestellte dürfen aufgrund ihres Geschlechts weder direkt noch indirekt benachteiligt werden.

<sup>&</sup>lt;sup>270</sup>Insofern hat Uri das Inkrafttreten des GLG als Anlass genommen eine kantonale Fachstelle zur Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung zu schaffen [Bigler-Eggenberger und Kaufmann, 1997, 239].

<sup>&</sup>lt;sup>271</sup>Es wäre für die Exekutive relativ einfach möglich durch Ergänzungen dieses Reglementes aus der Ombudsstelle eine kantonale Fachstelle für Gleichstellung zu machen.

<sup>&</sup>lt;sup>272</sup>Vorteil: Neutrale Person, unabhängig von Verwaltung. Nachteil: Mangelnder Informationsfluss [KL UR, 1992b, 2][NK UR, 2007].

<sup>&</sup>lt;sup>273</sup>Ja, Sie haben richtig gelesen.

<sup>&</sup>lt;sup>274</sup>Mit Version vom 1.1.2007 unverändert [Verfassung Uri, 1984b].

- 2 Der Regierungsrat beauftragt eine Ombudsstelle, die solchen Diskriminierungen entgegenwirkt, namentlich indem sie die betroffenen Personen berät und den vorgesetzten Stellen geeignete Empfehlungen erteilt.
- 3 Der Regierungsrat kann der Ombudsstelle weitere Aufgaben im Zusammenhang mit dem Diskriminierungsverbot übertragen." [GKL UR, 1999c, Art. 67].

Bemerkenswert ist, dass die Exekutive basierend auf der Personalverordnung aus der Fachstelle für Frauenfragen eine Fachstelle für Gleichstellung machen könnte, indem sie ihr weitere Aufgaben zuweist. Des Weiteren wird in der Personalverordnung die Funktion des Personalamtes in Sachen Gleichstellung beschrieben:

# "Artikel 70 Zuständiges $\mathrm{Amt}^{275}$

- 1 Das zuständige Amt berät die Verwaltung und koordiniert in Personal- und Organisationsfragen. Es sorgt für eine einheitliche Anwendung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen und erarbeitet die Grundlagen für die Personalpolitik. Diese Grundlagen berücksichtigen die Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Anliegen behinderter Personen.
- 2 Es ist vor personalrechtlichen Verfügungen anzuhören. Für die Einreihung, Neueinreihung und Beförderung bleibt das besondere Verfahren nach dieser Verordnung vorbehalten." [GKL UR, 1999c, Art. 70].

Mit dem in Kraft Treten der Personalverordnung auf den 1.1.2001 hat die Ombudsstelle eine explizite gesetzliche Grundlage erhalten.  $^{276}$ 

In der von der Legislative verabschiedeten Organisationsverordnung [GKL UR, 1982] und im von der Exekutive verabschiedeten Organisationsreglement ist weder Gleichstellung, noch die Ombudsstelle, erwähnt. $^{277}$ 

### Person

Die Exekutive wählt 1996 Elisabeth Aschwanden-Marti zur ersten Ombudsfrau [Zumbrunn, 1996, 48]. Seither amtet Li Aschwanden als Schlichtungsstelle und Leiterin der Fachstelle für Frauenfragen [NK UR, 2007].<sup>278</sup>

# Quellen

Amtsblatt UR, 2003: Freitag, 14. März 2003. Regierungsrat Medienmitteilung. Titel: Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann; Wahl von Regula Waldmeier für die Restamtsdauer 2000 bis 2004. In: Amtsblatt des Kantons Uri. Amtliches Publikationsorgan des Kantons Uri, (11): 341.

Amtsblatt UR, 2007: Freitag, 9. Februar 2007. Regierungsrat Medienmitteilung. Titel: Ersatzwahl als Mitglied der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann. In: Amtsblatt des Kantons Uri. Amtliches Publikationsorgan des Kantons Uri, (6): 269.

 $<sup>^{275}\</sup>mathrm{Amt}$  für Personal.

<sup>&</sup>lt;sup>276</sup>Spätere Personalverordnungsversionen in Bezug auf Gleichstellung identisch [GKL UR, 1999c][GKL UR, 1999a][GKL UR, 1999b].

<sup>&</sup>lt;sup>277</sup>Versione in Bezug auf Gleichstellung identisch [KR UR, 1983d][KR UR, 1983e][KR UR, 1983a][KR UR, 1983b][KR UR, 1983c].

<sup>&</sup>lt;sup>278</sup>Amtsperiode vom 1.6.2004 bis 31.5.2008 [SK UR, 2007, 2].

### Quellen

- Bigler-Eggenberger, Margrith und Kaufmann, Claudia, 1997: Kommentar zum Gleichstellungsgesetz. Herausgegeben von SGB und EBG, Helbing & Lichtenhahn, Basel.
- EBG, 1998: 1000 Adressen für Frauen in der Schweiz. Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG), EDMZ, Bern.
- EBG, 2002: Zusammenfassung der Antworten der Kantone auf den Fragebogen zur Umsetzung der UNO-Frauenkonvention (rechtlicher und tatsächlicher Stand der Gleichstellung). Dateiname: Zusammenfassung+cedaw\_d.pdf. Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG), Bern.
- GKL UR, 1982: Verordnung über die Organisation der Regierungs- und der Verwaltungstätigkeit (Organisationsverordnung) vom 9. November 1982; Stand am 1. Januar 2007. Kantonsparlament Uri. In: *Rechtsbuch RB 2.3321*, aktuelle Version in Kraft seit 1.1.2007.
- GKL UR, 1999a: Personalverordnung (PV) vom 15. Dezember 1999. Kantonsparlament Uri. In: *Rechtsbuch RB 2.4211*, unveränderte Version. In Kraft von 1.1. bis 31.12.2006.
- GKL UR, 1999b: Personalverordnung (PV) vom 15. Dezember 1999. Kantonsparlament Uri. In: *Rechtsbuch RB 2.4211*, version in Kraft von 1.2.2002 bis 31.12.2005.
- GKL UR, 1999c: Personalverordnung (PV) vom 15. Dezember 1999; Stand am 1. Januar 2007. Kantonsparlament Uri. In: *Rechtsbuch RB 2.4211*, aktuelle, unveränderte Version. In Kraft seit 1.1.2007.
- GL UR, 2008: Gegenlesen durch Ombudfrau Uri, Li Aschwanden.
- KE UR, 1992a: 7. Dezember 1992. Nr. 1050 R-362-23 Gleichstellung von Mann und Frau; Schaffung einer nebenamtlichen Stelle zur Bearbeitung und Koordination von Frauenfragen in der Kantonalen Verwaltung. In: Regierungsrat des Kantons Uri Auszug aus dem Protokoll.
- KE UR, 1992b: Regierungsrat Uri. Beantwortung der Interpellation von Landrat Jakob Läubli, Erstfeld, betreffend die Gleichstellung von Frau und Mann im kantonalen Arbeitsverhältnis vom 31.3.1992. Standeskanzlei Kanton Uri, Altdorf.
- KE UR, 1993: Beantwortung der Motion Armin Braunwalder zur Schaffung einer Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann. Erstfeld 8. Dezember 1993. Im Namen des Regierungsrates Alberik Ziegler, Landesstatthalter. Kanton Uri, Altdorf.
- KE UR, 1999a: Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 26. Januar 1999 an den Landrat zur kantonalen Volksinitiative "für gleiche Wahlchancen (Wahlchancen-Initiative)". 51 R-362-16, Standeskanzlei Kanton Uri, Altdorf.
- KE UR, 1999b: Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 28. September 1999 an den Landrat zur Personalverordnung. 697 R-362-11, Kantonsregierung Uri, http://www.ur.ch/dateimanager/botschaften/botschaft\_file\_274\_9572.pdf.
- KL UR, 1991: Interpellation betreffend: Gleichstellung von Frau und Mann im kantonalen Arbeitsverhältnis vom 25. September 1991 (Jakob Läubli). Standeskanzlei Kanton Uri, Altdorf.
- KL UR, 1992a: Armin Braunwalder. Begründung vom 10. November 1992 zur Motion Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann vom 28. September 1992. Standeskanzlei Kanton Uri, Altdorf.

- KL UR, 1992b: Jakob Läubli. Begründung vom 17. Februar 1992 zur Interpellation betreffend: Gleichstellung von Frau und Mann im kantonalen Arbeitsverhältnis. Standeskanzlei Kanton Uri, Altdorf.
- KL UR, 1992c: Motion Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann vom 28. September 1992 (Armin Braunwalder). Standeskanzlei Kanton Uri, Altdorf.
- KL UR, 1993: Beilage 4 (Motion Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann). In: Einberufung des Landrates ins Rathaus zu Altdorf, (Nr. 894 R-362-25): 1–2, bemerkung: Erhalten auf Anfrage beim Staatsarchiv Uri, Brief 19.10.2007.
- KR UR, 1983a: Reglement über die Organisation der Regierungs- und der Verwaltungstätigkeit (Organisationsreglement) vom 28. Februar 1983. Kantonsregierung Uri. In: *Rechtsbuch RB* 2.3322, version Nov. 2006. In Kraft von 1.8.2006 bis 31.1.2007.
- KR UR, 1983b: Reglement über die Organisation der Regierungs- und der Verwaltungstätigkeit (Organisationsreglement) vom 28. Februar 1983. Kantonsregierung Uri. In: *Rechtsbuch RB* 2.3322, version in Kraft von 1.1. bis 31.7.2006.
- KR UR, 1983c: Reglement über die Organisation der Regierungs- und der Verwaltungstätigkeit (Organisationsreglement) vom 28. Februar 1983. Kantonsregierung Uri. In: *Rechtsbuch RB* 2.3322, version Mai 2005. In Kraft von 1.2. bis 31.12.2005.
- KR UR, 1983d: Reglement über die Organisation der Regierungs- und der Verwaltungstätigkeit (Organisationsreglement) vom 28. Februar 1983; Stand am 1. August 2007. Kantonsregierung Uri. In: Rechtsbuch RB 2.3322, aktuelle Version in Kraft seit 1.8.2007.
- KR UR, 1983e: Reglement über die Organisation der Regierungs- und der Verwaltungstätigkeit (Organisationsreglement) vom 28. Februar 1983; Stand am 1. Februar 2007. Kantonsregierung Uri. In: Rechtsbuch RB 2.3322, version in Kraft von 1.2.2007 bis 31.7.2007.
- KR UR, 1995: Reglement zur Fachstelle für Frauenfragen der kantonalen Verwaltung und zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann vom 18. Dezember 1995. Kantonsregierung Uri. In: Rechtsbuch RB 1.1205 (Nov. 1996), in Kraft seit 1.1.1996 und 1.7.1996.
- NK UR, 2007: Telefonische Direktauskunft von Ombudsfrau Uri, Li Aschwanden vom 18.9.2007.
- PKL UR, 1993: Landrats-Session vom 13./15. Dezember 1993. In: Auszug aus dem Beschlussprotokoll des Kantonsparlament Uri (Landrat), 1–3, 5, 16–17, bemerkung: Erhalten auf Anfrage beim Staatsarchiv Uri, Brief 19.10.2007.
- Rüegg, Marianne, 1993: Staatliche Einrichtungen für die Gleichstellung von Frau und Mann. Lizentiatsarbeit Politologie, Zürich.
- SK UR, 2007: Staatskalender Online. Teil Landammannamt (Ausgabe 1.8.2007). Standeskanzlei Uri, http://www.ur.ch/de/la/sk/staatskalender-m1059.
- Steinmann, Werner: 1.9.1995. Kasten. In: Luzerner Zeitung. Zentralschweizer Tageszeitung, (Nr. 201): S. 23.
- Verfassung Uri, 1984a: Verfassung des Kantons Uri vom 28. Oktober 1984. In: Rechtsbuch RB 1.1101 (Mai 1994), in Kraft vom 1.1.1985 bis 31.12.2006. Stand Mai 1994.
- Verfassung Uri, 1984b: Verfassung des Kantons Uri vom 28. Oktober 1984; Stand am 1. Januar 2007. In: *Rechtsbuch RB 1.1101*, in Kraft seit 1.1.2007. Aktuelle Version.

# Quellen

Zumbrunn, Monika, 1996: Gleich<br/>Stellen. Verzeichnis über Fachstellen zur Gleichstellung von Frau und Mann in der Schweiz. Zentralverband Staats- und Gemeindepersonal der Schweiz, Wettingen.